

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919**

10.6.1919 (No. 133)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Hauptredakteur:
C. A. M. e. n. b.
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 5 A 25 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingerechnet, 5 A 42 P. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gestaltete
Zeitspalt oder deren Raum 30 P zuzüglich 20 % Leerungszuschlag.
Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung,
zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung,
Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in
dem unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für
telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Verpflichtung der Bezirksräte.

Das Ministerium des Innern hat unter Aufhebung des
Erlasses vom 1. Oktober 1884 über die Ernennung der Be-
zirksräte bestimmt, daß künftighin die Bezirksräte bei ihrer
ersten Versammlung durch feierliches Handgelübde an Eides-
statt in folgender Form verpflichtet werden:

Ich verpflichte mich durch feierliches Handgelübde an Eides-
statt, daß ich meine Pflichten als Bezirksrat treu und ge-
wissenhaft erfüllen werde. Auf Ehre und Gewissen.

Der Verpflichtung geht eine Belehrung über die Bedeutung
des Handgelübdes und die Aufgaben der Bezirksräte voraus.

Die Schulen und die Bekämpfung der
Geschlechtskrankheiten.

Die seit der Demobilisierung beängstigende Zunahme
der geschlechtlichen Erkrankungen Jugendlicher aller gefell-
schaftlichen Schichten, namentlich in den größeren Städten,
läßt es als unabwiesbare Forderung erscheinen, die zur
Entlassung kommenden Schüler der Höheren Lehranstalten,
einschließlich der Lehrerbildungsanstalten vor ihrem Abgang
von der Schule und ihrem Eintritt ins freiere Leben über
die Gefahren der Geschlechtskrankheiten zu belehren und davor
zu warnen. Am zweckmäßigsten wird diese Belehrung durch
den Vortrag eines Arztes erfolgen. Die Leiter der neu-
mündigen Höheren Schulen für die männliche Jugend und
der Lehrerfeminare wurden deshalb vom Ministerium des
Kultus und Unterrichts ersucht, nach Anhörung der Lehrer-
versammlung, zu der auch die Religionslehrer zuzuziehen
sind, und im Benehmen mit dem ärztlichen Mitglied des
Beirats, die Abhaltung eines belehrenden Vortrages durch
einen geeigneten Arzt zu veranlassen. Dabei bleibt dem Er-
messens der Lehrerversammlungen der einzelnen Anstalten
anheimgestellt, in welchem Umfang auch die übrigen Schüler
der oberen Klassen zu dem Vortrag zugelassen werden sollen.
An Orten mit mehr als einer Höheren Lehranstalt wird die
gemeinsame Abhaltung eines Vortrages empfohlen. In den
Lehrerbildungsanstalten soll der den Unterricht in Gesund-
heitslehre erteilende Arzt zur Beratung der Lehrerversam-
mlung und zur Aufklärung der Schüler beigezogen werden.

Die Handelslehrerprüfung für das
Jahr 1919

wird am Donnerstag, den 31. Juli 1919, vormittags 8 Uhr,
ihren Anfang nehmen. Gesuche um Zulassung zu dieser Prü-
fung sind unter Anschluß der Prüfungspapiere bis spätestens
30. Juni 1919 beim Ministerium des Kultus und Unterrichts
einzureichen. Dem Gesuch ist die Erklärung beizufügen, ob
der Kandidat nach der neuen oder der alten Prüfungs-
ordnung geprüft werden will.

Weitere Ernennung von Hilfsbeamten der
Staatsanwaltschaft.

Die Mitglieder des Volksrats in Oberkirch, Lo-
renz Lepold aus Oberkirch, Emil Braun aus Karlsruhe
und Georg Gouderou aus Rühl, ferner die Mitglieder
des Volksrats in Waldshut: Alfred Keller aus
Waldshut und Wolf Rosetter aus Jestetten wurden vom
Justizministerium zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft,
erstere für den Amtsbezirk Oberkirch, letztere für
die Gemarkungen Waldshut, Dogern, Schmit-
tingen und Gurtweil bestellt.

Ein Wort zur Volkshochschul-
bewegung.

Von Dr. Emil Kraus, Abgeordneter.

Wir geben diese Ausführungen des Einsehers
als einen sehr beachtenswerten Beitrag zu der
vielerörterten Frage der Volkshochschule wieder.
Der Verfasser schreibt von seinem Parteistand-
punkt aus; der Entscheidung der Regierung wird
dadurch nicht vorgegriffen. Die Schriftleitung.

Die Revolution, in der wir immer noch mitten darin stehen,
wird die Bahn frei machen für wahrhaft echte Kulturpolitik,
für gesunde Volkskultur an Stelle der verlogenen Kalkülkultur
des alten Systems. Im blendenden Glanze der militäristi-
schen Großmachtpolitik Preußen-Deutschlands und im Taumel
unserer wirtschaftlich-technischen Errungenschaften haben wir
gejubelt, wie herrlich weit wir es an der Schwelle des 20.
Jahrhunderts gebracht haben. Dann kam der Krieg, dieser
furchtbare Weltkrieg, dieses wütende Selbstzerfleischen der
modernen Menschheit, der Weltkrieg mit all seinem Leiden
und Weltentend. Und dieser Krieg hat jedem tiefer Schau-
enden mit erschreckender Deutlichkeit den Tiefstand unserer so-
genannten Kultur aufgezeigt. Keine Spur von wahrem
Volkstum, von echtem Gemeinschaftsgeist, von Liebe, Opfer-
sinn und Entagung, von deutscher Tugend und Größe — nur
bei einigen ganz Wenigen, die noch dafür ausgelacht wurden
—, sondern überall schändester Mammongeist, rücksichtsloser
Egoismus, nationalstiller Machttaumel, Genußsucht, Lust-
gier und blasierter Schlemmertum. Und dann kam die Re-
volution, der Zusammenbruch verbunden mit schlimmster
moralischer Selbstverweigerung. Und nun stehen wir da
und müssen neu aufbauen, aufbauen auf ganz neuen Funda-
menten, denn die alten waren morsch und faul geworden.
Das ganze 19. Jahrhundert war oberflächlichste Präsenzkultur
ohne innere Tiefe und ohne Verwurzelung mit echtem, ge-
sundem Volkstum. Ja war es denn überhaupt anders mög-
lich? Überall auf allen Linien hatte der Kapitalismus ge-
siegt, gesiegt trotz der Schlichtheit und Sachlichkeit deutschen
Wesens, trotz der idealistischen Bestrebungen unserer gro-
ßen Dichter und Denker, trotz der ernsten Mahnung und
Warnung solcher, denen das Wohl des Volkes am Herzen lag.
Der deutsche Staat war trassierter kapitalistischer Klassenstaat
geworden. Der Wille zur Macht feierte seine glänzendsten
Triumphe, und selbst alle Kultur stellte er in seine Dienste:
Schule, Wissenschaft und Kirche. Die wahre Wissenschaft und
Kunst verlor allert Zusammenhang mit dem Volkstum, sie
wurde von dem Durchschnittsintellekt beiseite geschoben. Einer
der feinsinnigsten Kulturphilosophen der Gegenwart, Max
Scheeler, sagt über die verlogene theatralische Kulturpolitik
des alten Staates: „Inhaltlich brachte er bestimmte Richtun-
gen der Kunst, Philosophie, Geschichte zu größter Wirk-
samkeit — solche, die ihn rechtfertigten. Die Masse des Volkes
sperrte er vom höheren Kulturbesitze überhaupt aus und gab
in Schule und Erziehung den großen Massen nur so viel und
solches, was technisch notwendig war für die Arbeit und den
Militärdienst in einem hochindustrialisierten und zugleich stark
militäristischen Sozialsystem und was in Geschichte und Reli-
gionsdarstellungen so belehrend und beschäufend war, daß es der
Erhaltung seiner Herrschaftsverhältnisse dienete.“

Das werktätige Volk, der Arbeiter, wurde durch diesen kapi-
talistischen Wüchergest, der in der inneren und äußeren Po-
sition triumphierte, zum Lohnsklaven, zum trostlosen Kampf-
ums wirtschaftliche Dasein herabgedrückt. Er stand abseits
aller höheren Kultur, aller höheren Bildungs- und Menschen-
werte, nach denen doch auch er sich so sehnte und um die er die
Besitzenden so beneidete. Wie manchmal krampte sich ihm,
angefächelt dieser Verhältnisse das Herz zusammen — aber er
mühte und hoffte, daß der Tag der Rache komme!

Die Bourgeoisie kämpfte so gerne in patetischem Braut-
über den Materialismus der deutschen Sozialdemokratie, über
den Materialismus der revolutionären Arbeiterklasse. Ja,
war es denn anders möglich? Man muß doch auch den
Klassenkampf der Sozialdemokratie, ihre ganze geistige Ein-
stellung geschichtlich verstehen. Die Sozialdemokratie
des alten deutschen Systems war das genaue
Negativ zum Positiv des herrschenden Staa-
tes. Nur die schärfste Konzentration auf dem wirtschaftlichen
Daseinskampf, nur der organisierte proletarische Klassenkampf
konnte die Arbeiterklasse die soziale und damit auch die kul-
turelle Befreiung erhoffen lassen und nur eine völlige Neu-
ordnung der ganzen Wirtschaft auf gemeinwirtschaftlicher
Grundlage dem Volke eine bessere Zukunft verhießen. In
diesem sozialistischen Klassenkampf der Arbeiterklasse stand
unendlich mehr Idealismus, unendlich mehr echte Sehnsucht
nach Kultur und wahren Menschentum, als in dem blasierten
Genteleiertum der besitzenden Klassen, die sich so stolz brüsten
mit ihrer Kultur, die zumeist doch nur äußere Färbung
war, mit der man die innere Fäulnis überludete. Die Re-
volution hat diesem dekadenten System ein Ende gemacht und
der revolutionäre Kampf des Proletariats wird nicht eher
zur Ruhe kommen, als bis der Kapitalismus abgelöst ist durch
das sozialistische Wirtschaftssystem, bis der Geist rücksichtsloser
Klassenherrschaft abgelöst ist durch die echte soziale Gesinnung
aller für alle. Je mehr diese Entwicklung vorwärts-
schreitet, um so mehr wird auch die ganze geistige Einstellung
der Sozialdemokratie sich wandeln. Die Sozialdemokratie
wird aus einer bloß verneinenden Partei des Niederreitens
und Umsturzes eine positive Partei des Aufbaues werden.
Denn was die Sozialdemokratie letzten Endes will ist nicht
die sozialistische Gesellschaftsordnung als solche; auch das ist

ihre nur Mittel zum Zweck, Weg zum Ziel. Sie will die Ver-
söhnung von Wirklichkeit und Idee, von Wirtschaft und Geist,
sie will als Grundlage aller wahren Volkskultur ein Gesell-
schaftssystem, das bis ins letzte hinein durchdrungen und
durchwirkt ist mit dem Geist der wahren Gerechtigkeit und
sozialen Volksgemeinschaft. Sie will eine Kultur, die nicht
schöne Theorie einiger Philosophen und Künstler ist, die man
vielleicht bei feierlichen Anlässen mit hochtrabenden Reden
preist, um in der Praxis um so leichter nach ganz anderen
Prinzipien handeln zu können, sondern sie will eine wahre
Volks- und Gemeinschaftskultur, die eine reale Lebensmacht
im Leben des Einzelnen wie des ganzen Volkes ja, aller
Völker des proletarischen Völkerbundes ist. Diese Versöhnung
von Wirtschaft und Geist — daran hat es eben dem alten
System gefehlt. Der Geist von Potsdam und Mitelbien hatte
über den Geist von Weimar und Königsberg (Goethe und
Kant) gesiegt. Der Name eines Kant im Runde Wilh-
helm des II. war eine furchtbare Blasphemie! —

Der kulturelle Neuaufbau unseres Volkstums, unserer wach-
ren echten Volksseele, die ja doch im neuen Volkstaat ihre
ureigenste Ausprägung erfahren soll, wird das schwerste Werk
sein, das uns durch die Revolution gestellt ist. Mit der wirt-
schaftlich-sozialen Revolution wird die Revolution der Seele,
des Geistes, der Bildung gleichen Schritt halten. Wir alle
müssen heraus aus der gedankenlosen Anbeterei des Macht-
gespenstes, das uns gefangen hält, heraus aus dem Jagen nach
blohem Genuß und Erfolg; wir müssen wieder zurück zur
alten deutschen Einfachheit und Innerlichkeit. Das gilt vor
allem den Besitzenden bei uns, dem schlappen ideologischen Bür-
gertum, dem Spießbürger, dem das kampfbare Festhalten
an seinem bischen Eigentum sein ganzer Lebensinhalt ist.
Es gilt aber auch unseren Arbeitern. Gott sei Dank, die sozia-
listische Gemeinwirtschaft, die Deutschland sich bauen wird,
sie wird den Weg zu dieser Kultur erleichtern! Aber alle
fähigen Kräfte müssen an diesem Werk der Volkserziehung
im Geiste des Sozialismus mitwirken. Aus dem Trümmer-
haufen dieses furchtbaren Weltkrieges, über den Resten der
alten zerbrochenen Herrlichkeit des Gottesgnadenkönigtums
wird sich ein neues edleres und ehrlicheres Deutschland er-
heben, jenes deutsche Volk, wie es unser großer Fichte in
seinen Reden an die deutsche Nation vorhergesehen und ge-
staltet hat!

Ein wichtiger Faktor in dieser sozialistischen Erziehungs-
aufgabe wird die Volkshochschule sein, der gerade wir
Sozialisten unsere beste Kraft widmen müssen. Eigentlich
besagt dieser Name „Volkshochschule“ nicht das, was wir im
neuen Volkstaat damit meinen. Er paßt mehr für die Volks-
hochschulkurse, wie sie schon seit Jahren bei uns gepflegt wer-
den. Sie sind aus England herübergekommen und in Deutsch-
land zum ersten Male 1896/97 in München, Leipzig und Jena
von den dortigen Universitäten abgehalten worden. Das
waren und sind immer noch Fortbildungskurse zur Populari-
sierung der Wissenschaft für nicht akademisch gebildete Kreise
des Volkes. Ein geistreicher Kopf unserer Tage hat sie
treffend „Populäre Wissensvermittlungsanstalten“ genannt.
Dieser Name trifft durchweg auf sie alle zu, so verschiedene
Formen sie auch im Laufe der Entwicklung angenommen
haben. So sind z. B. die Volkshochschulkurse der Universität
Freiburg ein „Samenstreuen“ der Universitäts-Fachwissen-
schaftler unter weitere Kreise des Volkes zur sachlichen Be-
lehrung und beruflichen Anregung. Die Volkshochschulkurse
der technischen Hochschule Karlsruhe und der Handelshochschule
Mannheim, die bereits tiefer in der werktätigen Bevölkerung
verankert sind, sind berufliche Fortbildungs- und Weiterbil-
dungsanstalten und auch die bayerische Volkshochschule, die in der
Mitte des vorigen Jahrhunderts als national-christliche Er-
ziehungsanstalt der Schullehrer errichtet und gegründet
war, ist heute zum großen Teil doch landwirtschaftliche und
gewerbliche Fortbildungsanstalt geworden.

So wichtig und bedeutend das alles ist und so sehr wir
wünschen, daß weite Schichten der Arbeiterbevölkerung auch
in Zukunft an diesen Volkshochschulkursen regen Anteil neh-
men, so will dem gegenüber die Bewegung für freie
Volkshochschulen, um die sich besonders der deutsche
Volksbund annimmt, etwas wesentlich anders: die Schaf-
fung von freien und selbständigen Volksbildungsanstalten
größten Stils.

Nicht gelehrtes Fachwissen, irgend welche geistige oder tech-
nisch-berufliche Kenntnisse sollen hier vermittelt werden, son-
dern es sollen die Grundlagen wahrer Bildung geschaffen, es
sollen freie, klare und starke Menschenpersönlichkeiten erzo-
gen werden, mit der Fähigkeit zu selbständigem klarem Ur-
teil und sicherem Handeln. Aber ein Gedanke soll besonders
unterstrichen werden, und da stimmen wir sachlich dem zu,
was Professor Hellpach dieser Tage in der „Badi-
schen Landeszeitung“ geäußert hat. Auch diese Persönlich-
keitsbildung der Volkshochschulen muß durchaus auf gedie-
gener sicherer wissenschaftlicher Grundlage ruhen. Es gibt
kein Deuten der Natur, kein Verstehen der Geschichte ohne
die Naturwissenschaft, ohne die Geschichtswissenschaft, Sozio-
logie usw. Der kantische Geist der gedanklichen Selbsttätigkeit
und kritischen Bescheidenheit muß die Grundlage jeder klaren
Weltanschauung bilden. Gerade hier sei uns Rephitas Wort
eine ernste Mahnung, Verachte hier nur Vernunft und Wissen-
schaft, des Menschen allerhöchste Kraft, so habe ich dich schon
unbedingt. Allerdings erst wenn in der Persönlichkeit des
Lehrers strenge wissenschaftliche Sachlichkeit mit unerschöpf-
lichem Blick und tiefen Erleben sich paart, erst dann taugt er für
die Volkshochschule, erst dann wird er imstande sein, große
Lebensanschauungen zu geben, ganze Persönlichkeiten zu
bilden.

Diese freien Volkshochschulen sollen allen Volksgenossen
ihre Bildungsarbeit angeeignen lassen, besonders aber den

werkstätigen Bevölkerungsschichten, die bisher dank ihrer sozialen Lage und Tradition nicht imstande waren, zu den Höhen einer glücklichen Menschenbildung aufzusteigen. Ihnen vor allem soll hier nur das Beste vom Besten in Kunst und Wissenschaft geboten werden, als Kaufleute ihrer Persönlichkeit. Hier soll der große soziale und kulturelle Gehalt des Humanitätsgedankens unserer Großen von Weimar seine praktische Realisierung erfahren. Schon diese rein grundsätzlichen Aufgabenstellungen der freien Volkshochschule macht uns die Bedeutung klar, welche sie für den Sozialismus hat. Sie wird für alles Volk die große Erziehungsstätte zum wahren Sozialismus sein, nicht in dem engen Sinne, als ob sie nur einseitig an Stelle der alten nationalstaatlich kapitalistischen Erziehung eine bestimmte wirtschaftliche oder politische Parteidoctrin lehren wolle — nein, sondern in dem weiten Sinne, daß der echte Kulturgehalt des Sozialismus zur Grundlage dieser Volkserziehung einer wahren Gemeinschaftskultur werden solle. Was im durchgeführten System der organischen Einheitschule die Volkshochschule als elementare Grundschule der Volksbildung ist, das ist die Volkshochschule als Krone und Höhe des ganzen Bildungssystems. Während alle anderen Schulformen (höhere Schulen, Universitäten im alten Sinn, Handels- und technische Hochschulen) mehr oder weniger Fachschulen für bestimmte Begabungen und Talente sind, wird die Volkshochschule die Persönlichkeitsbildungsschule für alle sein. Es ist eine der vornehmsten und grundlegendsten Pflichten des neuen Sozialstaates, sofort solche freien Volkshochschulen ins Leben zu rufen und alle Anregungen und Arbeiten, die in dieser Richtung gehen, weitgehendst zu unterstützen. Dafür muß Geld da sein, denn das Geld, das in diese Bildungsstätten hineingelegt wird, trägt tausendfältige Frucht. Wir müssen aber auch dafür sorgen, daß unsere politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen ihre besten Leute in diese Volkshochschule schicken, sie werden als ganze Menschen und Träger wahrer Kultur wieder in ihrer Arbeitsstätte, zur Familie und Arbeitsgenossen zurückkehren.

## Politische Neuigkeiten.

### Die Verhandlungen in Versailles.

Die Beratungen über die deutschen Gegenentwürfe scheinen, wie das R.A.B. unterm 8. meldet, in den Sonderausschüssen mühselig voranzukommen. Nicht alle zuständigen Ausschüsse konnten, wie ursprünglich bestimmt war, gestern ihre Berichte fertigstellen. Die offiziellen Blätter sprechen denn auch heute nicht mehr von der Abarbeitung der Note am Dienstag oder Mittwoch, sondern glauben, daß es Ende der Woche werden könne. Nationalistische Blätter nehmen indes Stellung gegen die Zugeständnisse, haben sich aber heute mit dem Gedanken abgefunden, daß die von Deutschland zu zahlende Gesamtschuld unverzüglich festgelegt wird. Dagegen erklärt die nationalistische Presse übereinstimmend, es sei unmöglich, Deutschland nach kurzer Frist in den Völkerbund aufzunehmen. „Echo de Paris“ sagt, Deutschland würde dadurch das Gefühl für eine Niederlage verlieren. Auf keinen Fall dürfe die französische Regierung diesem Vorschlag, der anscheinend von Lloyd George komme, zustimmen. Das „Journal“ erklärt: im Falle eines Eintrittes Deutschlands in die Gesellschaft der Nationen müsse das wirtschaftliche Regime auf der Grundlage strikter Gegenseitigkeit aufgebaut werden. Deutschland könne alsdann dieselben Garantien fordern, wie alle anderen Nationen abstrahieren. Solche Maßnahmen seien nicht möglich, wo es in Deutschland 10 Millionen im Kriegsdienst ausgebildeter Männer gebe (und in den Ländern der Entente? Red.). Mehrere Blätter, darunter der „Gaulois“, die diese Frage besprechen, weisen große Besorgnisse auf. Mehrere Ausschüsse, die morgen vormittag ihre Berichte über die deutschen Gegenentwürfe vorlegen sollten, benötigten eine Fristverlängerung.

Neuer meldet aus Paris, daß die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenentwürfe vermutlich nicht vor dem 14. Juni fertiggestellt sein werde. Im Viererrat gewinne die Anschauung allmählich an Boden, daß Deutschland eine genau angegebene Summe als Gesamtverbindlichkeit für den angerichteten Schaden auferlegt werden soll.

### Deutschland und der Völkerbund.

Die Völkerbunds-Kommission, die in Abwesenheit Wilsons getagt hat, hat nach einer von heute Dienstag datierten Meldung der T.-U. sich für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ausgesprochen.

Der „Temps“ gibt eine Meldung englischer Blätter wieder, der zufolge Deutschland im nächsten Oktober in den Völkerbund aufgenommen werden sollte.

## Landestheater.

(Der „Freischütz“ in neuer Ausstattung.)

Die Neuausstattung des „Freischütz“, durch die das Karlsruher Theaterpublikum am Pfingstsonntag erfreut wurde, war ein in doppelter Hinsicht verdienstliches Unternehmen. Einmal, weil es heute besonders angebracht ist, den Wert der deutschen Kunst zu betonen, zum andern vom rein künstlerischen Standpunkt aus, denn die alte szenische Aufmachung, in der das ewig-junge Meisterwerk bei uns gegeben wurde, entsprach seit langem nicht mehr den Anforderungen, die an eine führende Bühne gestellt werden müssen — man erinnere sich nur an die unfreiwillige Komik der Wolfsschluchtsgenerie! Auch die dekorative Gestaltung der übrigen Akte war durchaus veraltet und unzulänglich. Die Neuausstattung hat darin erfreulichen Wandel geschaffen. Schon das erste Bild, der reizvolle Waldplatz mit dem freien Ausblick auf Hügel, Felder, Dorf und Wäldchen gibt in seiner geschickten und ungezwungenen Zusammenfassung typischer deutscher Landschaftszüge einen sehr glücklichen Rahmen für die Exposition der Handlung ab, die so völlig im deutschen Volksempfinden wurzelt. Ausgezeichnet ist die romantische Bildheit und Unheimlichkeit der Wolfsschluchtsgenerie getroffen. Auch die schwierigen Aufgaben, die der mittelmäßige Geisterputz an Regisseur- und Maschinenmeister stellt, sind mit großem Geschick gelöst — zum mindesten was die Schreden des Gewittersturms, die Erscheinungen Samiels, der Mutter und Agathens anbelangt. Das übrige infernalische Zubehör, das auch bei raffiniertester Ausführung schier unerfüllbare Anforderungen an die Illusionsfähigkeit des Zuschauers stellt, tritt vernünftigerweise nur noch in beschränktem Maße in Aktion. Man würde vielleicht gut tun, die Aufmerksamkeit auch von diesem Rest noch mehr ab- und auf den feinsten Zustand der beiden Menschen überzuleiten, die den Schrednissen gegenüberstehen, indem man die Szene im Vordergrund deutlicher sichtbar machte. Auch die Waldlichtung im dritten Akt war künstlerisch und geschmackvoll ge-

## Die grosse Streikbewegung in Frankreich.

Der Geschäftsführende Ausschuss der Confédération Generale du Travail erklärte in einem Aufruf, daß die Warnungen und Appelle der Arbeiterschaft an die Regierungen und die Arbeitgeber nicht gehört wurden, und daß infolgedessen zahlreiche Streiks in Paris und der Provinz ausbrachen, die ihren Ursprung im Widerstand gegen den Achtstundentag und in der ständigen Lebensmittelerhöhung haben. Der wirtschaftliche Ursprung dieser Bewegung sei klar: die Arbeiterschaft wolle ihr diesen Charakter bewahren.

Die Confédération Generale du Travail wisse, daß es, abgesehen von materiellen Forderungen, auch Forderungen sozialer Art gebe, welche der Arbeiterschaft am Herzen lägen. Die Confédération Generale du Travail sei bereit, für diese Forderungen zur Aktion überzugehen und bereite ihre Verwirklichung vor. Deshalb müsse sich der Streik auf korporative Forderungen beschränken.

Die Confédération erhebt vom letzten Nationalkomitee den Auftrag, die von ihm gefassten Beschlüsse durchzuführen. Die Confédération verzicht nicht, daß das Nationalkomitee die Dringlichkeit einer Amnestie und der Demobilisierung, die Einstellung jeder militärischen Intervention im Auslande und einen schnellen Abschluß des Friedens proklamierte. Schon in der nächsten Woche werden die Delegierten der Confédération Generale du Travail in alle Provinzen reisen, um dort den Arbeitern der Städte und des Landes ihre sozialen Forderungen klarzulegen.

Da die englischen Arbeiter und Organisationen dieselbe Aktion beschloßen, ersuchte die Confédération Generale du Travail sie, gemeinschaftlich vorzugehen. Die Antwort der englischen Arbeiter und das Ergebnis der Propagandawoche der Confédération werden über die Stunde dieser Aktion entscheiden.

An die Regierung und das Parlament richtet die Proklamation folgenden Mahnruf: Ihr kennt die Erregung und Unzufriedenheit, welche in den augenblicklichen Streiks zum Ausbruch kommen. Sie sind die Folge der Politik des Schweigens und der Tatsache, daß das feierliche Versprechen, in welchem der Völkerfriede und das fruchtbarere Zusammenarbeiten der Nationen in der Arbeit angehängt wurde, nunmehr vergessen ist. Die Confédération erklärt, daß die durch die Streiks aufgestellten wirtschaftlichen Probleme, die sozialen internationalen Probleme, deren Lösung von der ganzen Bevölkerung dringlich gefordert wird, schnell gelöst werden müssen. Wird man es wollen? Werden es die Parlamentarier und die Regierung endlich verstehen? Namens der organisierten Arbeiterklasse proklamiert die Confédération Generale du Travail diese Wahrheit aufs Neue und nimmt die Verantwortlichkeit auf sich, denn sie ist entschlossen, augenblicklich die Streiks zu unterstützen und ist der festen Überzeugung, daß sie den Wünschen der Arbeiterschaft entspricht.

### Ein Pfingststraf an alle Völker der Erde.

Eine Massenkundgebung gegen die Völkerverachtung und Zurücksetzung Deutschlands gegen einen Gewalt- und Schmachfrieden und für einen Rechts- und Dauerfrieden veranstaltete am Pfingstsonntag die Vereinigung der vergewaltigten Völker und der Deutsche Schutzverband für Grenz- und Auslandsdeutsche in der Berliner „Philharmonie“. Der Andrang war so gewaltig, daß eine zweite Versammlung im preussischen Abgeordnetenhaus angefragt werden mußte. Tausende deutscher Männer und Frauen und zahlreiche Vertreter unterdrückter und gedrückter Völker waren erschienen.

Zum Schluß wurde folgende Entschliessung angenommen, die als Pfingstpruch verbreitet werden soll.

An alle Völker! Die erste seit Kriegsausbruch in Berlin tagende internationale Versammlung beschloß von Tausenden von Männern und Frauen, erhebt nach Ansprachen eines Kapitäns, Herrrieders, Graf-Rothringers, Inders, Irlands, Dimaekendeutschen, Pälzers, Saar- u. Rheinländers, Schleswig-Holsteiners und Flamen förmlichen Einspruch gegen den Gewaltfrieden, der der Welt aufgezwungen werden soll. Zum Heil der Menschheit fordern wir alle einen Frieden des Rechts und der Versöhnung. Die Friedensbedingungen über das Selbstbestimmungsrecht sind ein Sohn auf den Geist der Völkern, sondern Grundrechte. Wir fordern das Recht der Selbstbestimmung für alle vergewaltigten Völker und Völkerteile und wirtschaftlichen Schutz der Minderheiten in allen Ländern der Welt. Die unerhörten Opfer des Weltkrieges unter dem alle Völker haben leiden müssen und gelitten haben, müssen eine Weltwende zur Folge haben, die allen unterdrückten Völkern Freiheit bringt und allem Völkermorden für immer ein Ende macht. Nur so kann die Welt zu einem dauernden Frieden gelangen. Wir richten diesen Pfingststraf an alle Völker der Erde mit der Bitte, dem Geist der Menschlichkeit zum Siege zu verhelfen.

### Die Meuterei in Toulouse.

Ein von der Zensur gestrichener Artikel der „Humanité“ trägt die Überschrift: „Was ist in Toulouse vorgegangen?“

Nach Berner Blättern verlautet in Genf, daß am letzten Sonntagabend ein Regiment des 17. A.-R. gementert habe, weil es zur Befehung des linken Rheinuferes nach Mainz beordert werden sollte.

### Ein Ultimatum der Entente an Ungarn.

Der Präsident der Friedenskonferenz hat mittels drahtlosen Telegramms die Budapest Regierung formell aufgefordert, ihre Angriffe gegen die Tschechoslowakei unverzüglich einzustellen, widrigenfalls die verbündeten und assoziierten Regierungen fest entschlossen seien, sofort zu äußersten Mitteln zu greifen, um Ungarn zur Einstellung der Feindseligkeiten zu zwingen. Die Beantwortung des Telegramms habe innerhalb 48 Stunden zu erfolgen.

Gleichzeitig hat Clemenceau an die ungarische Regierung einen Funkspruch lassen, des Inhalts, daß die alliierten und assoziierten Regierungen Vertreter Ungarns nach Paris einladen werden.

### Ungarische Erfolge gegen die Tschechen.

Einem Funkspruch aus Budapest zufolge meldet das ungar. Korrespondenz-Bureau: Nach zweitägigen Kämpfen haben die roten Truppen Kaschau genommen. Die Tschechen erlitten eine entscheidende Niederlage. Unsere Truppen nahmen außerdem Schynitz, Karpfen und Nagyhutan. Da die telephonische Verbindung mit dem ungar. Korrespondenz-Bureau seit gestern nachmittag unterbrochen ist, ist eine Prüfung der Nachricht auf ihre Richtigkeit unmöglich.

Das Tschechoslowakische Pressebureau bestätigt die ungarische Meldung durch folgende Nachricht: Gestern erneuerten die Magyaren ihre Angriffe auf der ganzen Front. Der Kampf war hauptsächlich östlich vom Fluße Sojo sehr erbittert. Unsere Truppen leisteten dort bis an den Rand von Kaschau heftigen Widerstand. Alle Contingierungsmassnahmen wurden auch für die Zivilbevölkerung in Anwendung gebracht. Der größte Teil der von der Stadt angekauften Borräte konnte nicht mehr vor den Angriffen in Sicherheit gebracht werden. Zwischen Waag und Rima sind heftige Kämpfe im Gange.

### Die Ereignisse im Rheinland.

Aus Höchst a. M. wird berichtet: Landrat Dr. Klausen, Oberbürgermeister Dr. Janke und Abg. Haag haben am Sonntag nachmittag vom Militärverwaltungsrat Bene Altmeyer Urlaub für unbestimmte Zeit erhalten mit der Weisung, Höchst a. M. binnen 48 Stunden zu verlassen.

Die Agence Havas meldet aus Mainz, Dr. Dörten — der selbstgewählte „Präsident der rheinischen Republik“ — habe Wiesbaden nicht verlassen. Er siehe ständig unter Beobachtung. Es sei kein Angriff auf den Minister gemacht worden.

Nach einem Privattelegramm der „Rad. Pr.“ aus Paris hat die französische Sozialistenpartei in Gemeinschaft mit der Confédération du Travail eine revolutionäre Aktion gegen die imperialistische Politik Clemenceaus begonnen. Das Kriegsministerium hält große Truppenmassen bereit, um die zu erwartenden Unruhen zu unterdrücken. In der vergangenen Nacht erfolgte die Abstimmung des mächtigen und fest disziplinierten Eisenbahnerverbandes über einen baldigen Generalstreik zur Ergrünung der erhobenen Forderungen. Während andere Arbeiterorganisationen nur wirtschaftliche Forderungen stellen, enthalten die Forderungen der Eisenbahner sofortige Demobilisierung und Einstellung aller militärischen Unternehmungen sowie teilweise Änderungen des Friedensvertrages.

Gaut Wäntermeldungen haben die Bergarbeiter des Nord-Departements den durch Verhandlungen mit dem Pariser Arbeitsministerium herbeigeführten Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Bergleuten abgelehnt und beschlossen, vorläufig weiter zu streiken. Einer Meldung aus St. Etienne zufolge haben die Bergleute des Loiregebiets beschlossen, nötigenfalls den Generalstreik zu erklären, um gewerkschaftliche Forderungen durchzusetzen.

### Die franz. Gewaltherrschaft in Mainz.

Der heftigste Ministerpräsident Ulrich hat heute an General Manain folgendes Telegramm gerichtet: Ich erfahre soeben, daß das französische Kriegsgericht in Mainz gestern 22 Eisenbahnarbeiter aus Anlaß des Demonstrationstreiks zu Gefängnisstrafen von insgesamt 33 Jahren 7 Monaten, darunter Einzelstrafen bis zu 5 Jahren, verurteilt hat. Diese harte Bestrafung hat Entsetzen in allen Teilen der Bevölkerung hervorgerufen, um so mehr, als sich der Streik nicht gegen das französische Militär, sondern gegen das hochverräterische Treiben gegen das eigene Vaterland gerichtet hat. Ich wende mich an Sie, Herr General, mit der eindringlichen Bitte, gegenüber der entsetzlichen Härte der Bestrafungen von Ihrem Begnadigungsrecht in weiserer Weise Gebrauch zu machen.

## Hohheit tänzt Walzer.

Unsere Operettenbühne im Konzerhaus ist fleißig bemüht, Abwechslung in den Spielplan zu bringen. Nachdem vergangene Woche „Die Rose von Stambul“ in hübscher Aufmachung und guter Besetzung herausgebracht wurde, folgte am Pfingstsonntag eine gelungene Aufführung von Lea Achers „Hohheit tänzt Walzer“. Dieser Operette fehlt zwar das eigentlich Zündende, Geist- und Witzsprühende und musikalisch Originelle, sie ist aber andererseits doch so geschickt nach altbewährten Rezepten gearbeitet, daß es darin immer noch allerhand Nettes zu hören und zu sehen gibt.

Die kleinen musikalischen Effekte wollen allerdings mit Schwung und Raffinement herausgeholt sein. Als musikalischer Leiter verfuhr sich ein junger Karlsruher Künstler, Herr Richard Hannholzer, der mit viel Temperament den Stab über der kleinen Kapelle schwang, aber sie doch nicht ganz so mitreißend konnte, wie es vielleicht seine Aufgabe war, und der auch Mühe hatte, den Kontakt zwischen Orchester und Bühne immer ganz zu wahren. Die szenische Leitung hatte Herr Fritz Hande inne, der noch für flottere Zusammenpiel sorgen muß, damit der Hörer nie Zeit findet, über das Gehörte nachzudenken.

Herr Lafinger hat bei den richtigen Operettenschmick weg. Ihr Spiel als Vizi, ihr Gesang, ihr Tanz und ihr Aussehen sind immer fest und voll Temperament. Herr Lilli Kelsch (Prinzessin Marie) berührt sympathisch durch eine helle, kräftige Stimme, ihre Darstellung der jugendlichen Hohheit war jedoch zu zurückhaltend und daher farblos. Den Bepertl gab Herr Alois Oberländer schwingvoll und gewandt, mit einer liebenswürdigen Unverfrorenheit, die sich allen Situationen gewachsen zeigt. Auch Herr Wrede als Aloisius Strampf und Herr Ganda als Plunderer waren gut am Platze. Eine niedliche Szene war die Memmetprobe des kleinen Prinzen und Prinzchen.

Das Haus war gut besetzt. Das Publikum unterließ sich ausgezeichnet und ergozug sich durch lebhaften Beifall fast von jeder Lauszene eine Wiederholung. S. N.



**Ämtliche Bekanntmachungen.**

Die Verpflichtung des Wilhelm Linder von Zeitschneurent auf die Wald- und Jagdhut betr.  
Wilhelm Linder von Zeitschneurent wurde heute als Wald- und Jagdhüter des Goffort- und Jagdams Karlsruhe auf Gemartung Zeitschneurent verpflichtet.  
Karlsruhe, den 2. Juni 1919 M.640.  
Bezirksamt. O.-3.184

Bei den auf Grund des Gesetzes vom 23. März/4. April 1919 vorgenommenen Bezirksrats- und Kreisabgeordnetenwahlen wurden gewählt: M.641.

- a) Zu Mitgliedern des Bezirksrats Karlsruhe:  
1. Kölsch, Leopold, Kaufmann, Karlsruhe,  
2. Ermel, Gottlieb, Ratsschreiber und Landwirt, Knielingen,  
3. Weill, Dr. Friedrich, Stadtrat, Karlsruhe,  
4. Blum, Ernst, Schlossermeister, Karlsruhe,  
5. Holz, Albert, Fabrikant, Graben,  
6. Kammerer, Albert, Kaufmann und Landwirt, Graben,  
7. Reiff, Hans, Buchdruckermeister, Karlsruhe,  
8. Philipp, August, Bezirksleiter, Karlsruhe,  
9. Erb, Gustav, Schriftföhrer, Karlsruhe,  
10. Eberhardt, Christian, Dreher, Karlsruhe-Mintheim,  
11. Geib, August, Buchdrucker, Manlenloch,  
12. Trubinger, Jakob, Medatteur, Karlsruhe,  
13. Ganz, Augustin, Maurer, Karlsruhe-Darlanden,  
14. Demerth, Rudolf, Kaufmann, Karlsruhe,  
15. Knopf Anton, Gastwirt, Karlsruhe.

- b) Zu Abgeordneten des Kreises Karlsruhe:  
1. Frey, Wilhelm, Stadtrat, Karlsruhe,  
2. Edelmann, Oskar, Fabrikant, Karlsruhe,  
3. Red, Ludwig, Landwirt und Bürgermeister, Gegenstein,  
4. Stritt, Karl, Landgerichtsrat, Karlsruhe,  
5. Siegrist, Karl, Oberbürgermeister, Karlsruhe,  
6. Geib, Ludwig, Landwirt, Riedolsheim,  
7. Reiser, Karl, Postsekretär, Karlsruhe,  
8. Höchstetter, Karl, Telegraphendirektor, Karlsruhe,  
9. Hüfner, Gotthold, Fabrikant, Hochstetten,  
10. Ruf, Gottlieb Friedrich X., Landwirt, Knielingen,  
11. Ged, Eugen, Verleger, Karlsruhe,  
12. Ubele, August, Korrektor, Karlsruhe,  
13. Wöhner, Anton, Gemeinderat, Bulach,  
14. Ebel, Heinrich, Schreiner, Graben,  
15. Ott, Leopold, Maurer, Zeitschneurent,  
16. Werner, Hermann, Maurer, Muffheim,  
17. Krufe, Bernhard, Schmied, Karlsruhe,  
18. Gerhardt, Julius, Dreher, Hagsfeld,  
19. Böhler, Karl, Kaufmann, Karlsruhe,  
20. Hafner, Ferdinand, Ref.-Automobilführer, Karlsruhe-Müppur,  
21. Herrmann, Karl, Ökonom, Karlsruhe,  
22. Anglinger, Luise, Frau, Färbereierin, Karlsruhe,  
23. Stadelbacher, Franz, Kaver, Oberrevisor, Karlsruhe.

Etwas Einsprachen oder Beschwerden gegen die Wahl sind binnen 8 Tagen von der Bekanntmachung an bei dem Bezirksamt schriftlich oder mündlich zu Protokoll mit sofortiger Bezeichnung der Beweismittel anzubringen.

Die Wahlanfechtung hindert die einstweilige Einberufung der Gewählten nicht.  
Karlsruhe, den 5. Juni 1919.  
Wahlkommissär. O.3.188.

**Bekanntmachung**

betreffend Herabsetzung der Gültigkeitsdauer der Kontingentscheine für Sparmetalle.

Durch Veröffentlichung der Reichsstelle für Sparmetalle vom 20. Februar 1919 wurde die Gültigkeitsdauer der Kontingentscheine bezw. Teilkontingentscheine für die Berechtigung zum Bezuge der im Kontingentscheineverfahren zugewiesenen Metallmengen auf 2 Monate und die Berechtigung zur Einfuhr dieser Mengen auf 3 Monate, gerechnet vom Ausstellungsdatum des Kontingentscheins, herabgesetzt.

Es wird hiermit bekannt gegeben, daß diese Gültigkeitsdauer weiter verkürzt wird auf 45 Tage nach Ausstellung des Kontingentscheins und zwar für alle Kontingentscheine, welche nach dem 15. Mai 1919 ausgestellt wurden und für alle Teilkontingentscheine, denen nach dem 15. Mai ausgestellt Kontingentscheine zugrunde liegen.

Die Berechtigung zur Einfuhr gegen Kontingentscheine bleibt wie bisher auf einen Zeitraum von 3 Monaten, gerechnet vom Ausstellungsdatum des Kontingentscheins, beschränkt.

Alle gegenteiligen Bestimmungen in dem Wortlaut der Kontingentscheine bezw. Teilkontingentscheine treten durch diese Bekanntmachung außer Kraft.

Berlin, den 4. Juni 1919.

**Reichsstelle für Sparmetalle.**

**Zahlungsaufforderung.**

Das fünfte Sechstel der Besitzsteuer ist am 1. Juni fällig geworden. Die Steuerpflichtigen werden aufgefordert, die fälligen Beträge spätestens bis zum 14. Juni zu entrichten. Ist bis dahin nicht gezahlt, so muß nach gesetzlicher Vorschrift die Verreibung eingeleitet und Verfallzinsgebühr angefordert werden. Gemahnt wird nicht. Man zahle bargeldlos. In Kriegs-anleihe kann die Besitzsteuer nicht entrichtet werden. Auf Antrag kann in den dazu geeigneten Fällen der fällige Betrag gegen Sicherheitsleistung gestundet werden.

Karlsruhe, den 6. Juni 1919.

Hauptsteueramt — Finanzamt.

**Badisches Landestheater.**

Dienstag, 10. Juni 1919 (außer Miets.) Zu erm. Preisen

**„Die Räuber“**

Anfang 6 1/2 Uhr

**Städtisches Konzerthaus.**

Dienstag, den 10. Juni 1919

**„Die geschiedene Frau“**

Anfang 7 Uhr

**Felix Bruckbräu, Dentist**

früher 8 Jahre bei Herrn Zahnarzt Hutt.  
Sprechstunden: von 9—1/1 Uhr und 3—6 Uhr  
Samstag mittag und Sonntags geschlossen.  
Erbprinzenstr. 29, Eingang Bürgerstr. Tel. 2672.  
KARLSRUHE i. B. F.950

**Wohnungsnot — Hilfe und Ausweg!**

**Wohnungsnot und Heimstättengesetz**

Von

**Dr. Hans Kampffmeyer**  
Badischer Landeswohnungsrat

(Schriften zur Wohnungsfrage, herausgegeben vom Badischen und Württemberg. Landeswohnungsverein, Heft 6).

Preis 90 P. u. 10% Feuerzuzuschlag.

Inhalt:

- 1. Die Wohnungsnot. — 2. Der Ausweg. — 3. Träger der Bergesellschaftung. — 4. Die Baugemeinschaften als Schrittmacher. — 5. Heimstättenbezug und Landesheimstättenverband. — 6. Mitgliedschaft. — 7. Die Verwaltung. — 8. Recht auf Wohnung. — 9. Verwaltung sämtlicher Mietwohnungen durch den Heimstättenbezirk. — 10. Dezentralisation der Verwaltung. — 11. Inbesitznahme von Mietwohnungsflächen durch den Heimstättenbezirk. — 12. Landesheimstättenverband. — 13. Zusammenfassung und Ausblick. — Anhang: Entwurf eines Heimstättengesetzes.

Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

**Zür Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen**

wird in Baden eine große Zahl von Ärzten und Sanitätsunterpersonal bei Abnahmekommissionen (Mannheim, Offenburg und Konstanz) Durchgangslagern Mannheim, Tauberbischofsheim, Karlsruhe, Rafstatt und Heuberg) und in Lazaretten gesucht.

**Helft unseren Kriegsgefangenen zur schnellen Rückkehr in Heimatsort und Familie.**

**Beschleunigte Entlassung der Heimkehrenden hängt von der Zahl des Sanitätspersonals ab**

Ärzte wollen sich sofort schriftlich an das Sanitätsamt XIV. A.-S. wenden unter Angabe der Art und des Ortes der gewünschten Verwendung. Lazarettbeschäftigung läßt nebenamtliche Dienstleistung zu. Dienst im Durchgangslager nicht. Bei Abnahmekommissionen tätige Ärzte müssen jederzeit — auch nachts — auf Abruf zur Verfügung stehen.

Beginn: Vom Beginn der Gefangenenauslieferung abhängig.

Dauer: Unbestimmt, von Auslieferungsfolge durch die Gegner abhängig.

Vergütung: 10—20 M. täglich am Wohnort des Arztes.

15—25 M. täglich außerhalb, je nach Art der Dienstleistung.

Sanitätsunterpersonal: Entlassene San.-Unteroffiziere, Militärkrankenwärter, Heilgehülfen, Krankenpfleger, Krankenträger, Angehörige von Sanitätskolonnen usw. wird von der Sanitätsabteilung 14 angeworben.

Bei schriftlicher Meldung Angabe über bisherige und jetzt gewünschte Verwendung. Wünsche werden vornehmlich berücksichtigt. Ausweise und Zeugnisabschriften beifügen.

Vergütung: ortsübliche Lohnsätze.

Einstellung erfolgt als Zivilangestellter auf Vertrag.

Generalkommando XIV. A.-S.

**Preussischer Beamten-Verein in Hannover**

Lebensversicherungsanstalt für alle deutschen Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten, Geistlichen, Lehrer, Lehrerinnen, Rechtsanwälte, Ärzte, Tierärzte, Apotheker, Ingenieure, Architekten, Techniker, kaufmännische Angestellte und sonstige Privatangestellte.  
Versicherungsbestand 48448998 M.  
Vermögensbestand 193349351 M.

Alle Gewinne werden zugunsten der Mitglieder der Lebensversicherung verwendet. Die Zahlung der Dividenden, die von Jahr zu Jahr steigen und bei längerer Versicherungsbauer mehr als die Jahresprämie betragen können, beginnt mit dem ersten Jahre. Die für die ganze Dauer der Lebens- und Rentenversicherungen zu zahlende Reichssteuerabgabe von 1/2% der Prämie trägt die Vereinskasse. Betrieb ohne bezahlte Agenten und deshalb niedrigste Verwaltungsstellen.  
Wer rechnen kann, wird sich aus den Druckfachen des Vereins davon überzeugen, daß der Verein sehr günstige Versicherungen zu bieten vermag und zwar auch dann, wenn man von den Prämien anderer Gesellschaften die in Form von Bonifikationen, Rabatten usw. in Aussicht gestellten Vergünstigungen in Abzug bringt. Man lese die Druckschrift: Bonifikationen und Rabatte in der Lebensversicherung.

Zufendung der Druckfachen erfolgt auf Anfordern kostenfrei durch.

Die Direktion des Preussischen Beamten-Vereins in Hannover.

Bei einer Druckfachen-Anforderung wolle man auf die Antündigung in diesem Blatte Bezug nehmen.

**Einladung.**

Die ordentliche Generalversammlung der Gemeinnützigen Hypotheken-Sicherungs-Gesellschaft e. G. m. b. H. in Karlsruhe wird auf  
Freitag, den 27. Juni 1919, abends 6 Uhr,  
in den kleinen Saal des Rathauses in Karlsruhe einberufen.

**Tagesordnung.**

- 1. Geschäftsbericht, Vorlage der Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung.  
2. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.  
3. Satzungsänderungen:  
Wiederholter Antrag auf Streichung des § 4 und auf Änderung des § 29 Absatz 3, wobei darauf hingewiesen wird, daß die Versammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der Erststimmen beschlußfähig ist gemäß § 29 Absatz 2.  
Ferner: Änderung des § 22 Absatz 1.  
4. Neuwahl von 5 Mitgliedern und 2 Stellvertretern des Aufsichtsrates (§ 16 der Satzungen).

Die Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung liegt bei der Geschäftsstelle, Marktgrafenstraße 51, dahier (Wanfhans Heinrich Müller), zur Einsichtnahme auf.

Karlsruhe, den 6. Juni 1919. G.587

Der Vorstand:  
Vastel Frey, Diemer.

**4% Anleihe**

der Schiff- und Maschinenbau-Aktiengesellschaft „Germania“ jetzt Fried. Krupp Aktiengesellschaft Germaniamerkt Kiel-Goarden.  
In der in Nr. 108 der Karlsruh. Ztg. vom 9. Mai 1919 veröffentlichten Liste der am 11. April 1919 stattgefundenen XVII. Verlosung von Zeitschneurentnummern der zur Rückzahlung am 1. Oktober 1919 gezogenen Nummern muß es unter Lit. B hinter 2720, 2757 statt 3757 und unter Lit. D 12051 statt 12056 heißen.

**Tierschutzverein**

Mittwoch, den 11. Juni  
Mitgliederversammlung:  
Bier Jahreszeiten, Nebenzimmer, 8 Uhr abends.  
Den Sommer über dajelbst jeden 2. Mittwoch im Monat Zusammenkunft am runden Tisch. G.176

**Taschenuhren**

wenn auch reparaturbedürftig, werden stets angekauft in 1988  
An- und Verkaufsgeschäft, Kronenstr. 52.

**Tüchtiger Vertreter,**

welcher in Apotheken und Drogerien gut eingeführt ist, sofort gesucht. Gefl. Offerten unter G.589 an d. Geschäftsstelle d. Plattes.

**Willa**

mit 7 bis 8 Wohnräumen nebst herrschaftl. Zubehör, Stallung für Kleinvieh u. mindestens 2 bis 3 Morgen Land, i. d. n. ab. od. weit. Umgebung Karlsruhes zu kaufen gesucht. Offerten mit Preis und genauer Beschreibung des Besitzes unter G.588 a. d. Zeitung.

**Bürgerliche Rechtspflege**

Streitige Gerichtsbarkeit.  
M.621.2., Mannheim.  
Kaufmann G. A. Benz in Oberursel, Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwältin

bei dem Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.  
Mannheim, 2. Juni 1919.  
Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

M.632. Baden. Der auf Ableben des Kaufmanns Haast — genannt Julius — Pinner von hier am 8. April 1918 erteilte Erbschein wird für kraftlos erklärt.  
Baden, 6. Juni 1919.  
Notariat 1 als Nachsch. gericht.

M.605. Lafr. Die durch Beschluß des Amtsgerichts Lafr vom 11. Dezember 1913 angeordnete Entmündigung des Landwirts Hermann Schläger aus Wittensweiler wegen Trunksucht ist unterm heutigen wieder aufgehoben worden.  
Lafr, 24. Mai 1919.  
Bad. Amtsgericht.

M.585. Forzheim. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Adolf Martin, Tuchhandlung in Forzheim, wurde nach Vollzug der Schlußverteilung durch Beschluß des Amtsgerichts vom heutigen aufgehoben.  
Forzheim, 31. Mai 1919  
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A. IV.

**Verf. Bekanntmachungen**

Bad. Forstamt Bruchsal versteigert im „Friedrichshof“ in Bruchsal jeweils vormittags 9.15 Uhr beginnend rund 7360 fm. Kuchholz wie folgt:

Montag, den 23. Juni: 1025 Stück Eschen I. bis III. Kl.

Dienstag, den 24. Juni: 2232 Stück Eschen IV. und V. Kl.

Mittwoch, den 25. Juni: 1010 Stück Eschen I.—VI. Klasse, 861 Ster Eschen und 425 Ster Eschen Kuchholz.

Donnerstag, den 26. Juni: 334 Stück Weißbuchen III.—V. Kl., 229 Rotbuchen I.—IV. Kl., 189 Rotulmen I.—V. Kl., 9 Weißulmen I.—IV. Kl., 4 Birken IV. und V. Kl., 3 Kiefer VI. Kl., 74 Ster Weißbuchen Kuchrollen.

Freitag, den 27. Juni: 1173 Stück Rotelken III. bis V. Kl., 54 Wobn IV. und V. Kl., 3 Ster Erle Kuchrollen, 3 Ster Forle Kuchrollen, 352 Ster Eiche und 68 Ster Eiche Brennholz.

Samstag, den 28. Juni: 743 Stück Forlen Abschnitte I.—III. Kl. Einzelverzeichnisse sind beim Forstamt zu erhalten, wofür weitere Auskunft erteilt wird. M.619

Die Lieferung des Weßbedarfs an Bahnhöfen für die Bad. Staatsbahnen bis Jahresschluß 1919 ist in verschiedenen Losen nach Verordnung des Finanzministeriums vom 3. Januar 1907 zu vergeben. Das Bedingnisbest kann bei der Generaldirektion Zimmer 234 eingesehen oder gegen bestellgeldfreie Einlieferung von 50 Pf. bezogen werden. Angebote sind auf den von uns unentgeltlich erhältlichen Angebotsbogen beschließen und postfrei mit der Aufschrift „Schotterlieferung“ bis spätestens Dienstag, den 1. Juli 1919, vorm. 10 Uhr, dem Zeitpunkt der Eröffnung der Angebote, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. M.630.2.1

Karlsruhe, 6. Juni 1919.  
Bahnunterhaltungsbüro der Generaldirektion.

Wahnhofwirtschaft in Singen (Hohentwiel) mit Wohnung für den Bäcker ist auf 1. September 1919 zu vergeben. Nachangebote sind, mit Leumundungs- und Vermögenszeugnissen belegt, unter der Aufschrift „Bäcker der Wahnhofwirtschaft in Singen“ bis zum 25. Juni 1919 bei der Betriebsinspektion Konstanz, bei der auch die Bedingungen erhältlich sind, einzureichen. M.639

Karlsruhe, 6. Juni 1919.  
Generaldirektion der Bad. Staatsbahnen.